Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 4000 Mark. Einzelne Nummern 160 Mark.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postscheckkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 400 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 800 M., unter Eingesandt 1000 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptschriftleiter Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 74 | **Mittwoch, 28. März** | **1923**

Mussolini, Jaspar und Stinnes in Mailand.

Rom, 27. März.

Die Begegnung Jaspars mit Mussolini ist Gegenstand interessanter Presseerörterungen. Bezeichnend ist die Ansicht des „Mondo", der meint, Jaspar suche Hilfe bei Mussolini, um einen Ausweg aus der Sackgasse zu finden und zusammen mit Italien mäßigend auf Frankreich einzuwirken. Hugo Stinnes ist gestern abend nach Mailand gefahren, um heute morgen mit Mussolini zusammenzukommen. In Rom hatte Stinnes außer mit dem amerikanischen Stahlkönig Gary und mehreren Mitgliedern der amerikanischen Delegation auch mit dem deutschen Botschafter in Rom v. Neurath eine längere Unterredung. In Kreisen der deutschen Botschaft wurde erklärt, daß der Besuch beim Botschafter nur ein Höflichkeitsakt war, und daß im übrigen Stinnes ohne jeden offiziellen Auftrag war und zur Abwickelung eigener Geschäfte nach Italien kam.

Die Romreise Hugo Stinnes' beschäftigt die französische Öffentlichkeit in hohem Maße. In den meisten Blättern wird erklärt, es könne nicht zweifelhaft sein, daß Stinnes entweder mit einer wichtigen politischen Mission betraut war, oder wenigstens im Einverständnis mit Dr. Cuno wichtige Unterhaltungen mit amerikanischen und italienischen Persönlichkeiten führte. Die Regierungspresse bemüht sich, die Reise als einen neuen deutschen Sondierungsversuch in Rom hinzustellen und knüpft daran wieder Prophezeiungen von der Verhandlungsbereitschaft Deutschlands. Das „Echo de Paris" enthält Ausführungen eines französischen Diplomaten, der mit den italienischen Verhältnissen besonders vertraut ist und der gleichfalls zu der Schlußfolgerung kommt, hinter der Stinnes-Reise verberge sich eine neue Vermittlungsaktion. Der Augenblick der Zusammenkunft Mussolinis mit Jaspar sei dazu gewählt worden, weil Mussolini die Vorschläge dem belgischen Minister mitteilen und durch diesen an Frankreich weiterleiten sollte.

•

Vor der Ruhr-Debatte in der französischen Kammer.

Der Vorstoß der internationalen Sozialisten.

Paris, 27. März.

Die französischen Radikalen der Kammer legen Wert auf die Feststellung, daß sie gleich den Sozialisten dafür eingetreten seien, eine Debatte über die Ruhraktion noch vor Ostern herbeizuführen. Die „Ere Nouvelle" zeigt an, daß der Vorsitzende der radikalen Gruppe, Herriot, an der Diskussion teilnehmen und gemäß dem Beschlusse des Arbeitsausschusses der Partei von der Regierung genaue Angaben über die Lage im Ruhrgebiet und die wahren Absichten Poincarés verlangen werde. „Die radikale Partei wünscht über die Pläne der Regierung informiert zu werden, und ihr Vorsitzender wird von Poincaré klare Verpflichtungen fordern.

Die Partei wird nicht erlauben, daß die Besetzung des Ruhrgebiets, welche die Partei nicht gewünscht hat, und die nichts anderes sein sollte, als die Sicherung „produktiver Pfänder", in eine versteckte Annexion deutscher Gebiete umgewandelt werde. Die Partei ist nicht gewillt, dem Größenwahnsinn des Kriegsministers Maginot und dem Imperialismus des militärischen und großindustriellen Generalstabes Gefolgschaft zu leisten.

Bisher ist die Frage der Besetzung nur unter der Form eines Aufschubes der Diskussion verhandelt worden. Am Freitag wird diese Frage zum ersten Male im ganzen Umfange und in ihrer vollen Bedeutung zur Sprache kommen. Charakter, Tragweite und etwaige Folgen der Expedition müssen klar auseinandergesetzt werden." Das klingt sehr entschlossen. Da alles möglich ist, kann es auch möglich sein, daß sogar die französischen Radikalen endlich einmal wieder radikal werden. Aber wir wollen abwarten, bis der Freitag gekommen ist, um den „Charakter, die Tragweite und die etwaigen Folgen" dieser Ankündigung kennen zu lernen.

Die Besprechungen zwischen Vertretern der sozialistischen Parteien der alliierten Länder und den Führern der deutschen Sozialdemokraten, die in Berlin stattgefunden haben, veranlassen den „Temps" zu einigen Bemerkungen. Die Teilnehmer an dieser Konferenz sind einstimmig zu der Ansicht gekommen, daß die sozialistischen Parteien sich bemühen müßten, der jetzigen Situation im Ruhrgebiet so rasch wie möglich ein Ende zu machen. Dieser Beschluß soll den Hauptpunkt der Beratung bilden, die jetzt in Paris zwischen den französischen, englischen, belgischen und italienischen Sozialisten beginnen wird. Der „Temps" macht die Sozialisten aus den alliierten Ländern darauf aufmerksam, daß der Standpunkt der deutschen Regierung von der Auffassung der belgischen und französischen Regierung, wie er in Brüssel formuliert worden ist, vollkommen abweicht. Der Kanzler Cuno habe in München und in Stuttgart erklärt, daß jede Diskussion über die Beendigung des Konfliktes die Räumung des besetzten Gebietes zum Ausgangspunkt haben müsse. Frankreich und Belgien dagegen haben offiziell mitgeteilt, daß die Räumung der besetzten Gebiete erst allmählich, und zwar nach Maßgabe der deutschen Vertragsleistungen erfolgen soll. Es ergebe sich die Frage, ob die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie über die Räumung des Ruhrgebietes als Voraussetzung jeder Regelung der gleichen Ansicht seien wie die Reichsregierung, oder nicht.

Stehe die Sozialdemokratie Deutschlands auf dem gleichen Standpunkt wie der Kanzler Cuno, dann müsse angenommen werden, daß die Sozialisten der alliierten Länder auf der Konferenz in Berlin dieser Auffassung gewesen sind. In diesem Falle müßten die französischen und belgischen Sozialisten dafür eintreten, daß Frankreich und Belgien das Pfand aufgeben, das sie seit dem 1. Januar in Händen halten. Sei die deutsche Sozialdemokratie aber andrer Meinung als der Kanzler Cuno, dann bedeute die Berliner Entscheidung vorläufig nichts. Sie würde erst Bedeutung erhalten, wenn die deutschen Sozialdemokraten die Regierung übernehmen könnten. Es wäre auch möglich, daß die deutsche Sozialdemokratie sich ihre Stellung zu der Forderung der Reichsregierung noch vorbehalten habe, weil sie im Augenblick noch mit der Reichsregierung verhandle. In diesem Falle hätten die alliierten Sozialisten die Pflicht, abzuwarten, bis die deutsche Sozialdemokratie ihre Stellung zu der Regierung des Kanzlers Cuno klar bezeichnet habe.

Aus dieser Untersuchung geht mit Klarheit nur das eine hervor, daß die französischen Vorkämpfer der Ruhraktion, zu denen auch der „Temps" gehört, durch das Interesse der internationalen Sozialdemokratie für die Bedeutung und Folgen der Ruhrexpedition etwas beunruhigt werden.

•

Der Reichsaußenminister zur Lage

Deutschlands Bereitwilligkeit zu Reparationen.

Berlin, 28. März.

In der gestrigen Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten wies der Reichsminister des Äußern an der Hand der amtlichen Dokumente nach, daß die deutschen Vertreter in Paris ermächtigt und gerüstet waren, den deutschen Reparationsplan der dort vom 2. bis 5. Januar tagenden Konferenz der Ministerpräsidenten schriftlich vorzulegen und mündlich zu erläutern und ihn für den Fall, daß mündliches Gehör nicht gewährt würde, der Konferenz auch nur auf schriftlichem Wege zu übermitteln.

Auf die Frage, wie sich die Reichsregierung zu dem

Vorschlag des Staatssekretärs Hughes

stelle, den dieser in seiner Rede in der Historischen Gesellschaft in Newhaven am 29. Dezember entwickelt hat, antwortete der Reichsminister, die deutsche Regierung halte den vom Staatssekretär Hughes gewiesenen Weg für gangbar und glaube, daß das Heil nicht nur der nächstbeteiligten Mächte, sondern eines großen Teiles der Welt davon abhänge, daß dieser oder ein ähnlicher Weg beschritten werde. Nach Ansicht der Regierung sollte die vom Staatssekretär Hughes vorgeschlagene internationale Kommission von Geschäftsleuten oder ein ähnliches sachverständiges und unparteiisches Gremium, an dem Deutschland und Frankreich mit voller Gleichberechtigung teilnehmen, möglichst bald zusammentreten und folgende Fragen beantworten:

1. Was hat Deutschland bisher geleistet?

2. Was kann und soll Deutschland gerechterweise noch leisten?

3. Auf welche Weise können diese Leistungen bewerkstelligt werden?

Werde dieser oder ein ähnlicher Weg beschritten, so wäre die Reichsregierung bereit, an den internationalen Kapitalmarkt wegen Bewilligung einer möglichst großen Anleihe heranzutreten, die von Deutschland mit jeder von dem Anleihekonsortium als nötig bezeichneten Sicherheit auszustatten und an Frankreich oder die Alliierten als sofortiger barer Vorschuß zu behändigen sein würde. Die Regierung sei überzeugt, und würde erforderlichenfalls durch geeignete Maßnahmen auch in gesetzlicher Form dafür sorgen, daß die deutschen Industrie- und Wirtschaftskreise ihre Kraft in den Dienst der so auf das Erfüllbare zurückgeführten deutschen Reparationspflicht stellen. Die deutsche Regierung habe im Laufe der diplomatischen Konversationen die wichtigsten an Europas Schicksal interessierten, aber nicht unmittelbar am Ruhrkonflikt beteiligten Mächte, ohne Anträge zu stellen oder Wünsche zu äußern, von dieser Anschauung in Kenntnis gesetzt, habe sie aber gleichzeitig auf die Schwierigkeit des Problems hingewiesen, wie Deutschland Sicherheit dafür verschafft werden könne, daß die über den Vertrag von Versailles hinaus

besetzten Gebiete geräumt

und vertragsmäßige Zustände im Rheinlande wiederhergestellt werden. Das Problem sei, abgesehen von den täglich sich verschärfenden Leiden der Bevölkerung und der dadurch bedingten Gefahr eines Ausbruchs der Volksleidenschaften, deshalb so wichtig, weil die Regierung sich nicht denken könne, daß irgendein sachverständiges Gremium in der Lage sein werde, ein sicheres Urteil über die

tatsächliche Leistungsfähigkeit Deutschlands

abzugeben, bevor dem gewaltsamen Eingriff in das deutsche Wirtschaftsleben und der dadurch verursachten Wertvernichtung Einhalt geboten sei. Auch sehe die Reichsregierung keine Möglichkeit, daß das deutsche Volk seine einzige Waffe, den passiven Widerstand, aus der Hand legen könne, ohne daß auch der Gegner sich auf die Linie des status quo ante zurückziehe.

In der von Frankreich in der letzten Zeit in den Vordergrund geschobenen Frage der politischen Sicherheiten verwies der Reichsminister auf den deutschen Vorschlag des Rheinlandpaktes und auf das Gebiet friedenssichernder Vereinbarungen, die auf dem Boden der Gegenseitigkeit aufgebaut sein müßten.

Hinsichtlich des Handelsverkehrs aus den besetzten Gebieten nach dem Auslande, namentlich nach England, bemühe sich die deutsche Regierung, wie der Reichsminister dann weiter ausführte, eine Regelung zu finden, die, ohne Durchbrechung der deutschen Widerstandsfront, den Bedürfnissen des ausländischen, namentlich des englischen Warenverkehrs praktisch Rechnung trage. Die Quintessenz dieser auf eine englische Anregung zurückzuführenden Regelung laufe darauf hinaus, daß die vor einem bestimmten Termin abgeschlossenen Handelsverträge neutralisiert werden, d. h., daß in Ansehung dieser Kontrakte sowohl die französisch-belgischen Besatzungsbehörden, als auch die deutschen Behörden sich jeder Kontrolle enthalten sollten. Man wisse, daß verschiedene fremde Regierungen Vorstellungen in Paris und Brüssel erhoben haben, um das gleiche Zugeständnis von französisch-belgischer Seite zu erhalten, das Deutschland bereits gemacht habe. Welchen Erfolg diese Vorstellungen gehabt haben, sei hier nicht bekannt.

•

Im Anschluß an die Ausführungen des Außenministers sprachen nach Müller-Franken (Soz.) die Abgeordneten Spahn (Z.), Dr. Helfferich (Deutschnat. Vp.), Stresemann (D. Vp.), Dr. Gothein (Dem.), Lönen (Komm.) und Dr. Breitscheid (Soz.). Der Ausschuß war einmütig in der Ablehnung der von der französischen Regierung geforderten Kapitulation und in der Überzeugung von der Notwendigkeit der Fortführung des passiven Widerstandes mit dem Ziel, hierdurch und durch internationale Abmachungen die Befreiung des Ruhrgebiets von der heutigen unrechtmäßigen Invasion herbeizuführen. In einem Schlußwort beantwortete der Reichsminister des Äußern Dr. v. Rosenberg noch verschiedene Anfragen. Besonders bewertet wurde die entschiedene Ablehnung der französischen Pläne auf Internationalisierung der Rheinlande durch den Außenminister Dr. v. Rosenberg.

Ein englisches Garantie-Projekt.

London, 27. März.

Der Militärsachverständige der Lloyd-Liberalen, General Spears, der vor einiger Zeit in der „Times" ein vielbesprochenes Projekt über die Sicherung Frankreichs entwickelte und die Diskussion der Entmilitarisierungsfrage neu aufrollte, wird am morgigen Tage im Unterhause einen neuen Garantieplan zur Sprache bringen, der diese wichtige Frage in einer Weise regeln soll, daß beide betroffenen Staaten, Deutschland und Frankreich, ihn annehmbar finden könnten.

Die Hauptpunkte dieses Planes sollen sein:

1. Deutschland verpflichtet sich, auf dem linken Rheinufer und in einer Fünfzig-Kilometer-Zone auf dem rechten Rheinufer keine militärischen Anlagen oder Vorkehrungen auf den Eisenbahnen oder überhaupt Garnisonen zu unterhalten. Die Bestimmung soll unabhängig von den Fristen des Friedensvertrages sein und nur einstimmig durch den Völkerbundsrat aufgehoben werden können.

2. Während dieser Entmilitarisierung wird die öffentliche Ordnung in diesen Gebieten aufrechterhalten, entweder durch eine in lokale Verbände zusammengefaßte deutsche Polizei, die durch eine internationale Inspektionskommission überwacht wird oder durch eine internationale Gendarmerie. Letztere müßte sich zahlenmäßig paritätisch unter die verschiedenen Länder verteilen.

3. Der Völkerbund bestellt technische Beamte ohne Exekutivvollmacht, die darüber zu wachen haben, daß Eisenbahnanlagen und einige genau bezeichnete großindustrielle Werke nicht für die Vorbereitung von kriegerischen Handlungen benutzt werden.

4. Die Staatshoheit und Wirtschaftseinheit wird während der Entmilitarisierungszeit in keiner Weise beeinträchtigt, der deutsche öffentliche Apparat behält seine vollen Befugnisse.

5. Frankreich und Belgien räumen nach Ratifizierung des Entmilitarisierungsvertrags und Abschluß eines Reparationsabkommens das gesamte deutsche Staatsgebiet, wie es aus dem Versailler Vertrag hervorgeht.

Nach den Versicherungen des Generals stehen nicht nur große Teile der englischen Parteien hinter diesem Projekt, sondern auch aus den Vereinigten Staaten von Amerika liegen zustimmende Erklärungen vor.

•

Wieder ein Amerikaner für französisch-deutsche Verständigung.

Paris, 27. März.

Der Präsident der New Yorker Handelskammer, Irving T. Bush, gibt heute in einem Artikel im „Oeuvre" an, wie er sich die Lösung der Krise denkt.

SLUB
Wir führen Wissen.